



Bericht aus Berlin

9 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Für mehr Sicherheit auf den Straßen

Das Flensburger Punktesystem für Autofahrer wird einfacher, gerechter und transparenter. Der Deutsche Bundestag beschloss am Donnerstag die Reform des Verkehrszentralregisters. Sie soll in erster Linie zu mehr Sicherheit auf deutschen Straßen führen. Denn sie trifft vor allem diejenigen Fahrer, die wiederholt diese Sicherheit gefährden. Künftig wird es im Punktesystem nur noch drei Kategorien geben: ein Punkt bei Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit „besonders“ beeinträchtigen, sowie bei Straftaten ohne Führerscheinentzug und drei Punkte bei Straftaten mit Führerscheinentzug. Bei vier schweren Verstößen wird die Fahrerlaubnis entzogen. Ordnungswidrigkeiten hingegen, zum Beispiel Parkverstöße, die den Verkehr nicht gefährden, sollen nicht mehr gespeichert werden. Künftig gibt es klare Tilgungsfristen: Die Verkehrssicherheit beeinträchtigende Ordnungswidrigkeiten verjähren nach zweieinhalb Jahren. Der freiwillige Punkteabbau wird auch nach der Reform fortgeführt: Absolviert der Inhaber einer Fahrerlaubnis freiwillig ein Fahreignungsseminar, kann er bei einem Punktestand von vier oder fünf Punkten zwei Punkte abbauen. Ein solcher Punkteabzug ist jedoch nur einmal innerhalb von fünf Jahren möglich. Die neuen Fahreignungsseminare, die die bisherigen Aufbauseminare ersetzen, verknüpfen neueste verkehrspädagogische und verkehrspsychologische Elemente. Ein reines „Absitzen“ der Seminare wird nicht mehr möglich sein.

Änderung des Energieeinsparungsgesetzes

In dieser Woche hat der Bundestag eine Grundpflicht zur Errichtung von Neubauten im Niedrigstenergiegebäudestandard für Behörden-

gebäude ab 2019 und für alle übrigen Neubauten beschlossen. Die geltenden Vorschriften zur Außerbetriebnahme von Nachtstromspeicherheizungen werden gestrichen.

Vierjahresbilanz und Behindertenpolitik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zieht zum Ende der Legislaturperiode Bilanz. Zehn Postkarten stellen die wichtigsten Erfolge der Koalition und Fraktion in geraffter Form und in ungewöhnlicher Bild- und Textkombination dar. Zugleich informiert ein Faltblatt „Mittendrin von Anfang an“ über die Behindertenpolitik der Fraktion. Nach vier Jahren christlich-liberaler Koalition kann die Unionsfraktion eine positive Bilanz dieser Wahlperiode ziehen: Nie gab es mehr Erwerbstätige in Deutschland. Der Bundeshaushalt kommt in Ordnung. Der Euro wurde stabilisiert. Die Finanzmärkte werden besser kontrolliert. Alles in allem: Es wurde viel erreicht. Wie die Unionsfraktion für diese gute Entwicklung die Weichen gestellt hat, erläutern die zehn Postkarten. Geplant ist außerdem eine Bilanzbroschüre, die am 4. Juni erscheinen wird. Das Faltblatt „Mittendrin von Anfang an“ listet die wichtigsten Fragen und Antworten zur Behindertenpolitik auf. Menschen mit Behinderungen sollen nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion ihren Platz mitten in der Gesellschaft haben und an allem teilhaben können, was zum Alltagsleben gehört – ob im Kindergarten, in der Schule, im Sportverein oder am Arbeitsplatz. Das Faltblatt zeigt unter anderem die verbesserten Berufschancen von Menschen mit Behinderung auf sowie die Erfolge bei der Barrierefreiheit im Nahverkehr oder im Internet.

Die Publikationen stehen zum Download bereit unter: www.cducsu.de/publikationen

Parlamentarische Geschäftsführer...

Jede Fraktion hat Parlamentarische Geschäftsführer, die für sie die parlamentarischen und fraktionsinternen Alltagsgeschäfte führen. Sie arbeiten dabei in enger Abstimmung mit dem Fraktionsvorsitzenden, bereiten die Plenarsitzungen vor, planen im Kontakt zu den anderen Fraktionen und im Ältestenrat die Tagesordnungen, halten die Abgeordneten ihrer Fraktion für wichtige Abstimmungen zusammen und sorgen für deren Geschlossenheit. Innerhalb der Fraktion koordinieren sie die Gremien und wirken bei der Besetzung der Fraktions- und Parlamentsausschüsse mit. Eine wichtige Rolle spielen sie auch als Mittler ihrer Fraktion zur Bundesregierung und zum Bundesrat, zu ihrer Partei und zu Verbänden.

Nachrichten

Gespräche mit UN-Habitat in Berlin

Als Weltpräsident der Global Parliamentarians on Habitat empfing Peter Götz die Deputy Executive Director und Assistant Secretary-General von UN-Habitat, Frau Aisa Kirabo Kacyira, zu einem Gespräch im Deutschen Bundestag. UN-Habitat hat seinen Hauptsitz in Kenia/Nairobi.

Frau Kacyira ist derzeit mit einer Delegation der Vereinten Nationen in Berlin und nahm die Gelegenheit wahr, sich mit dem Weltpräsidenten auszutauschen.



Im Rahmen ihrer Abschlussfahrt nach Berlin kamen die Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen Carl-Netter-Realschule, Bühl, (rd. 120 Personen) auch in den Reichstag. Dort nahmen sie auf Einladung von Peter Götz an einem Vortrag auf der Besuchertribüne im Plenarsaal teil und erfuhren anschließend im Gespräch mit Herrn Götz einiges über sein Arbeitspensum und z.B. wie die Sitzungswoche eines Bundestagsabgeordneten in Berlin aussieht. Weitere Programmpunkte der einwöchigen Exkursion in die Bundeshauptstadt waren u.a. eine Stadtrundfahrt, Stadtbesichtigung, Besuch der „Berliner Unterwelten“ und eine Fahrt zu den Schlössern und Gärten nach Potsdam.

Aus der AG Kommunalpolitik

In dieser Woche diskutierte die AG Kommunalpolitik die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur „Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland“. Eingangs referierte Hartmut Koschyk, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen. Den Wortlaut der Antwort auf die Große Anfrage können sie unter www.bundestag.de oder unter <http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/17/133/1713343.pdf> nachlesen.



Weitere Informationen finden Sie auf meiner Internetpräsenz:

www.goetzpeter.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Euro hilft Deutschland mehr als die D-Mark

Eine aktuelle Berechnung der Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hat zum Ergebnis, dass Beschäftigung und Wirtschaftswachstum hierzulande in erheblichem Maße vom Euro profitieren. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre demnach wirtschaftlich schädlich. Ohne den Euro, d. h. im Fall der Rückkehr zu einer eigenen Währung, würde laut Prognos AG das Wachstum in Deutschland jedes Jahr rund 0,5 Prozentpunkte geringer ausfallen. Werden die Wachstumsvorteile der Euro-Mitgliedschaft zwischen 2013 und 2025 hingegen aufaddiert, ergibt sich daraus für Deutschland ein Gewinn in Höhe von fast 1,2 Billionen Euro. Selbst wenn Deutschland einen Großteil seiner Forderungen abschreiben müsste, die es aufgrund der verschiedenen Euro-Rettungsmaßnahmen gegenüber den stark verschuldeten Staaten Südeuropas hat, überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile aus der Währungsunion also nach wie vor. Nicht zuletzt trägt dazu die Stabilität des Euro im Vergleich zur D-Mark bei: Während die Verbraucherpreise zu D-Mark-Zeiten um durchschnittlich 2,7 Prozent im Jahr stiegen, liegt die durchschnittliche Teuerungsrate seit der Euro-Einführung im Jahr 1999 bei 1,5 Prozent.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung / Statistisches Bundesamt)

Konjunktur nimmt an Fahrt auf

Die deutsche Wirtschaft wird nach einer Wachstumsdelle im vergangenen Winterhalbjahr im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,75% und 2014 um gut 1,5% wachsen. So lautet die aktuelle Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die von der Frühjahrsumfrage des Instituts zusätzlich untermauert wird. Der Frühjahrsumfrage zufolge beurteilen die rund 3.000 befragten Unternehmen in Deutschland ihre aktuelle Lage besser als noch im Herbst 2012. Ebenso gehen 37% der befragten Unternehmen für das Jahr 2013 von einer steigenden Produktion aus, während nur 18% eine geringere Produktionsleistung erwarten. Da sich die Exportperspektiven der deutschen Wirtschaft seit dem Herbst 2012 verbessert haben, rechnen inzwischen 28% der Unternehmen für den weiteren Jahresverlauf mit steigenden Ausfuhren. Durch die gute Konjunktur planen weiterhin auch 29% der Unternehmen, im laufenden Jahr zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Nur 19% gehen von einem Personalabbau aus. Somit werden in diesem Jahr voraussichtlich 270.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Sozialer Ausgleich in Deutschland funktioniert

Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) zufolge geht die Behauptung, die Einkommen und Vermögen in Deutschland seien zunehmend ungleich verteilt, an der Realität vorbei. Bei den staatlichen Transferleistungen liege die Bundesrepublik im EU-Vergleich auf Platz 6 jener Länder, in denen die unteren Einkommensbereiche am meisten profitierten. Deren Nettoeinkommen bestehe zu über 60 Prozent aus Transferleistungen. Nicht zutreffend sei ferner die Kritik, der Niedriglohnsektor werde immer größer. Sein Anteil stagniere vielmehr seit 2007 bei rund 22 Prozent. Auch die Zahl der sogenannten Hartz-IV-Aufstocker und damit der Menschen, die von ihrer Vollzeitätigkeit nicht leben könnten, sei in den vergangenen Jahren um 50.000 auf 290.000 im Jahr 2011 gesunken. Positiv anzumerken bleibe weiter, dass der soziale Aufstieg durch Bildung in Deutschland nach wie vor Realität sei. Knapp ein Drittel der Personen zwischen 35 und 44 Jahren seien gemessen am Bildungsabschluss ihres Vaters Bildungsaufsteiger. Fast 20 Prozent der Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten hätten einen Uni-Abschluss oder gingen zur Hochschule – ein Viertel mehr als noch in den 1990er Jahren.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)